

# Halle-Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Die „Halle-Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch unsere Boten, Ausgabestellen ohne Beleglohn 1.40 Goldmark, durch die Post 1.60 Goldmark und 24 Goldpfennig Zustellgebühr. Schluß der Anzeigen-Nachnahme: zehn Uhr vormittags.

Die Anzeigen werden nach Kolonnen-Zellen berechnet; die Zeile 0,21 Goldmark. Verlagshaus, Herr Promena 1a und G. Braubausstraße 17, Geschäftsstelle: Sammler-Nummer 7431. Druck-Anstalt: „Gesellschaft Halleische“, Druck-Redaktion: Hans-Johann Ciesner, Halle a. S. Polsterei-Fabrik: Leipzig Nr. 22514. Verlagsanstalt u. Vertriebsbüro: Halle a. S.

### Ein Briefwechsel.

### Der zweite Akt.

Der Schritt der deutschen Volkspartei.

Die Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft und die Deutschnationalen sind heute vormittag im Reichstag erneut zu Verhandlungen zusammengetreten. Damit hat der zweite Akt der Regierungsbildung begonnen. Der erste Akt war kurz und endigte, wenn auch nicht mit einem Mißlingen, so doch mit einem Fehlschlag. Für diesen ersten Akt zeichnen die Deutschnationalen als die verantwortlichen Autoren. Sie hatten die Einladung an die Parteien der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ergehen lassen und es war deshalb natürlich, daß sie zunächst mit einem Vorschlag aufwarteten. Die Verhandlungen sind inzwischen auch in ihren Einzelheiten bekannt geworden. Die Deutschnationalen übertrugen die eingeladenen Parteien dadurch, daß sie die sachliche Aussprache in den Hintergrund drängten und zunächst die Lösung der Personenfrage vorschlugen. Dabei wurde Admiral v. Tirpitz von ihnen als derjenige Mann präsentiert, der als Reichskanzler in Aussicht genommen werden und in dieser Eigenschaft die Verhandlungen über die Bildung eines Kabinetts mit den einzelnen Parteien führen sollte.

Dieser Vorschlag fiel nicht auf fruchtbaren Boden. Er ist von der deutschnationalen Parteipresse zwar als ein außerordentlich glücklicher Gedanke und als die einzig mögliche Lösung der ganzen Schwierigkeit bezeichnet worden. Aber zwischen den Zeilen dieser Lobpreisungen ist deutlich zu lesen, daß der Vorschlag nichts weiter war als ein Verlegenheitsprodukt. Es ist bekannt, daß die Deutschnationalen in ihrer Forderung eine sachliche Einigung über die außerpolitische Frage, insbesondere über das Sachverständigen Gutachten nicht herbeiführen konnten. Es stoßen sich verschiedene Gruppen scharf gegeneinander und es ist unter diesen Umständen für die Deutschnationalen ein Ding der Unmöglichkeit, sachliche Vorschläge zu machen, die von ihrer eigenen Forderung einheitlich getragen werden. In dieser Lage griffen sie, tattlich nicht ungeschickt, nach dem Mittel, die Regierungsbildung von der persönlichen Seite her zu verhindern. Dabei bestand weder über die außerpolitische Auffassung des Herrn v. Tirpitz Klarheit, noch auch darüber, wie weit er die deutschnationale Forderung hinter sich hatte.

Der deutschnationale Vorschlag wurde abgelehnt. Dabei ist die Würdigung der Persönlichkeit des Herrn v. Tirpitz vollkommen aus. Es ist möglich, daß bei den Demokraten und bei dem Zentrum auch Bedenken persönlicher Art vorgelegen haben. Jedenfalls waren sie aber zunächst nicht entscheidend. Entscheidend war vielmehr die Überzeugung, die von allen Parteien der Arbeitsgemeinschaft geteilt wurde, daß eine Einigung auf die Person des Herrn v. Tirpitz keinen Schritt weiter geholfen hätte. Hätte er wirklich eine Regierung zustande gebracht, so hätte die Gefahr bestanden, daß diese Regierung bei der ersten Probe wieder in die Brüche gieng, da ihr das feste Fundament eines einheitlichen Regierungsprogramms vollkommen fehlte. Deshalb mußte über den ersten Akt der Vorhang fallen.

Zur Eröffnung des zweiten Aktes hat die Deutsche Volkspartei die Initiative ergriffen. Sie ist deshalb besonders berufen, die Verhandlungen im Fluße zu erhalten, weil sie zwischen den Deutschnationalen und den beiden anderen Parteien der Arbeitsgemeinschaft steht und von dem christlichen Willen erfüllt ist, eine gemeinsame bürgerliche Regierungsführung herzustellen. Sie ist also das gegebene Verbindungsglied und ihren Bemühungen ist es denn auch zu danken, daß die heutigen Verhandlungen trotz des Scheiterns der deutschnationalen Initiative auf derselben Parteigrundlage ge-

Uebergrieffe, von welcher Seite sie auch kommen, ausarten darf.

Nicht ihre Selbstbeherrschung wird den zurzeit leidenden Männern zum Vorwurf gemacht, sondern die vermutete Ueberspannung des an sich richtigen Grundgedahes der Selbstbeherrschung gegenüber dem entschlossenen und offen ausgeprochenen Vernichtungswillen der Kommunisten.

Das wird der Regierung als Schwäche ausgelegt. Tatsächlich ist die Grenze zwischen Selbstbeherrschung und Schwäche auch nicht leicht zu ziehen. Die natürliche Feindschaft der Weichen macht, daß sie gern die Augen zu drücken und gerade die gewalttätigen Scheitler aus Angst schonen, um sich keinen Unannehmlichkeiten auszuliefern, und so hört in unserem Falle das Martyrium des geschundenen Bürgertums nicht auf, weil das feige Geschehen über die angebliche Gefährdung der politischen und persönlichen Freiheit es so will. In Wirklichkeit bedrückt man die Schwachen und Gutmütigen und tritt ihre Freiheit mit Füßen, indem man sich vom Freiheitsgeschrei der Gewalttätigen und Lärmmacher hypnotisieren läßt.

Das Bürgertum in Halle und Mittelddeutschland hat den praktischen Kommunismus 1921 an seinem Leibe verspürt.

Es darf ihm nicht verübelt werden, wenn es sich jetzt in der Gefahr einer schlimmeren Wiederholung jener Vorgänge an die zur Aufrechterhaltung der Ordnung berufenen Gewalten wendet.

Sie, sehr verehrter Herr Reichsminister des Innern, fordern nähere Nachrichten über attute Gefährder.

Am sich ist es die Aufgabe der politischen Abteilung des hiesigen Polizei-Präsidiums, Sie damit zu versorgen.

Material ist genug vorhanden.

\* \* \*

Die Störung des Bürgerfriedens durch die Kommunisten soll unterdrückt werden, sagt der Reichsminister des Innern, Dr. Jarres. Das ist ein Wort — immerhin ein gutes Wort. Wir werden die Taten abwarten; aber angesichts der uralten Erfahrung, daß der Geist oft willig, das Fleisch aber schwach ist, werden wir fortfahren, das aufs höchste gefährdete Bürgertum wach zu halten!

Minister sind Menschen und Menschen sind endlich — die Minister besonders. Wie es um Herrn Dr. Jarres steht, geht aus der Forderung der Sozialdemokratie hervor, ihn bei der bestehenden Regierungs-Neubildung fallen zu lassen. Der Minister, unter dem die kommunistische Bürgerhege in jüngerer Zeit so üppig ins Kraut schießen konnte, ist den Herren von der blaßroten Farbe noch zu reaktionär.

Kein Wunder! Hat der Bürger denn heutzutage noch etwas zu sagen? Keinen Deut! Und nicht der kümmerliche unserer parteipolitischen Geschäftemacher kümmert sich um ihn. Er ist das Urbild des deutschen Michel mit der Zipselmütze über den Ohren, der geduldige Kaffee, der zu allen Lasten hin noch Schlage bekommt.

Es ist wahrhaftig erstaunlich, daß sich überhaupt noch ein Minister findet, der es wagt, den kommunistischen Lärmmachern die Faust zu zeigen; denn jeder muß fürchten, daß er von den Parteibotinnen verdrängt, innenpolitisch noch nicht einmal der kommunistischen Gefahr gegenüber einigen Sachwaltern des schlaftrigen Michel bei irgend einem parteipolitischen Kuhhandel verhaschert wird.

Deshalb kann der russische Säupfing der „deutschen“ Kommunisten, Sinowjew, im „Klassenkampf“ vom 17. Mai den deutschen bürgerlichen Parlamentarismus unter Außerachtlassung jeder tatsächlichen Vorsicht offen verhöhnen. Er fürchtet nicht mehr, durch die Aufbedung seiner Karten sein Spiel zu gefährden weil er glaubt, es sei in Deutschland so weit.

Darum geht an euere Abgeordneten heran, ihr Bürger! Bringt ihnen in Erinnerung wenn sie es so kurz nach der Wahl schon wieder vergessen haben sollten, daß ihre Mandate nicht nach ihrem, sondern nach euere Willen auszuüben haben! Und dieser Wille verlangt Einigkeit und Entschlossenheit in der Abwehr der kommunistischen Wäse und Stärkung derjenigen Regierungsmänner, die sich euere annehmen.

Dann wird Sinowjew sich geirrt haben! Wenn die Gegner des zähnefleischenden Kommunismus in Deutschland sich ihrer Kraft wieder bewußt werden, dann sagen sie die Wäse ohne Blutvergießen wieder in ihre Höhlen zurück. Feige und ohne die nachhaltige Kraft wirklicher Ideale ist das Mordgesindel, das nur in Kubeln aufzutreten wagt, ja doch!

Herrn

Reichsminister des Innern Dr. Jarres  
Berlin.

Im Auftrage der hiesigen Bürgerschaft, die sich durch die Untätigkeit der Regierung gegen das Treiben der Kommunisten in höchste Gefahr gebracht sieht, überlenden wir Ihnen beigefaltete Zeitung.

Die Lage ist in Halle so, daß das Bürgertum das Gefühl hat, auf einem Pulverberg zu stehen, an das Verbrenner Feuer anzulegen. Der mit der Erkenntnis dieser verwerflichen Lage verbundene Zorn richtet sich gegen Sie und gegen die übrigen verantwortlichen Männer. Man wirft ihnen vor, daß sie den Respekt vor der Staatsautorität geradezu vergeuden.

Die von uns geleiteten 3 Zeitungen werden sich genötigt sehen, von jetzt ab täglich diesen Empfindungen der Bürgerschaft Ausdruck zu verleihen.

Hochachtungsvoll

Mittelddeutsche Verlags-Aktien-Gesellschaft,  
gez. Geißel.

\* \* \*

An die

Mittelddeutsche Verlags-Aktien-Gesellschaft  
Halle  
Gr. Braubausstr. 16, 17.

Auf Ihr gefälliges Schreiben vom 16. ds. Mts. kann ich Ihnen nur erwidern, daß die Reichsregierung mit der preussischen Regierung selbstverständlich entschlossen ist, Ansuchen, von welcher Seite sie auch angezettelt werden sollten, zu unterdrücken. Das gilt insbesondere auch für den Fall, daß in der Provinz Sachsen die Kommunisten wieder zur Störung des Bürgerfriedens übergehen sollten. Wenn Sie nähere Nachrichten über attute Gefährder und Erscheinungen mit noch machen wollten, würde ich für diese Mitteilung dankbar sein. Auf bloße allgemeine Angaben hin kann natürlich weiteres nicht veranlaßt werden. Die in Ihrem Schreiben gegen die Reichsregierung, besonders gegen mich erhobenen Vorwürfe weise ich aus guten Gründen zurück. Selbstbeherrschung und Rücksicht auf die staatlichen Notwendigkeiten sind auch zur Erhaltung des inneren Friedens zur Zeit in allen Lagern notwendig.

gez. Dr. Jarres.

\* \* \*

Herrn

Reichsminister des Innern Dr. Jarres  
Berlin.

Zum dortigen Schreiben vom 20. Mai, Spezialbüro.

Betr.: Kommunistische Aufrühr-Akte und Verbrechen.

Für die im obigen Schreiben niedergelegte Stellungnahme zu unserem Briefe vom 19. ds. Mts. danken wir Ihnen.

Wir müssen aber den Irrtum berichtigten, der in Ihrer Annahme besteht, wir erheben die Vorwürfe gegen Sie, die in unserem Schreiben vom 19. 5. erwähnt sind und zu deren Zurückweisung Sie sich veranlaßt sehen. Wir haben zu den Vorwürfen, von denen in unserem Schreiben im 3. Absatz lediglich berichtet die Rede ist, absichtlich keine eigene Stellung genommen.

Wir find mit Ihnen der Meinung, daß Selbstbeherrschung und Rücksicht auf die staatlichen Notwendigkeiten auch zur Erhaltung des inneren Friedens zurzeit in allen Lagern notwendig sind.

Aber wir sind gleichzeitig der Ansicht, daß diese Selbstbeherrschung, die gefordert werden kann, nicht in unterwürfige Duldbung der

